

## EU-Kommission rügt Griechenland

Brüssel. Die EU-Kommission kritisiert Griechenland wegen mangelhafter Kontrollen an den EU-Außengrenzen. Aus einem nicht öffentlichen Expertenbericht nach Untersuchungen im November 2015 gehe hervor, dass es beim Schutz der Außengrenze in Griechenland gravierende Mängel gebe, sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Unter anderem würden Reisedokumente nicht systematisch überprüft. Zudem würden zahlreiche Migranten nicht registriert. „Erhebliche Verbesserungen sind notwendig, damit die ordnungsgemäße Aufnahme, die Registrierung, die Umverteilung oder die Rückkehr von Migranten sichergestellt werden kann, und Schengen wieder wie gewohnt, ohne Kontrollen an den Binnengrenzen funktionieren kann“, sagte Avramopoulos weiter. Athen reagierte verärgert: Der Bericht der EU-Kontrolleure liege zweieinhalb Monate zurück. Die Lage auf den Inseln habe sich erheblich verbessert, erklärte am Mittwochabend die griechische Regierungssprecherin Olga Gerasili. Versprochene Personalverstärkung sei seitens der EU nicht im vollen Umfang angekommen. Den Schlüssel für die Lösung des Problems halte die Türkei, die aber die Vereinbarung mit der EU zum Stopp des Zustroms und zur Rückführung von nicht Asylberechtigten nicht einhalte. (dpa)

## Mazedonien schließt Grenze zu Griechenland

Athen. Mazedonien hält seit Mittwochnachmittag seinen wichtigsten Grenzübergang zu Griechenland für Flüchtlinge und Migranten vorübergehend geschlossen. Wie die dpa aus Polizeikreisen der Provinzhauptstadt Kilkis erfuhr, hatte die mazedonische Polizei die griechische Seite benachrichtigt, es gebe weiter nördlich nahe der mazedonisch-serbischen Grenze einen „Stau“. Viele Flüchtlinge warteten auf die Weiterreise nach Serbien. Aus diesem Grund sei vorübergehend die Grenze zu Griechenland beim Eisenbahnübergang Idomeni-Gevgelija geschlossen worden. Wann die Grenze wieder geöffnet wird, war zunächst unklar. (dpa)

## Deutschland verschärft Ausweisungsrecht

Berlin. Als Konsequenz aus den Silvester-Übergriffen in Köln will die deutsche Regierung die Ausweisung von kriminellen Ausländern erleichtern. Nicht mal vier Wochen nach den Vorfällen in Köln brachte das Kabinett dazu eine Gesetzesänderung auf den Weg. Wenn ein Ausländer wegen bestimmter Delikte – zum Beispiel Körperverletzung, Tötung oder Vergewaltigung – in schweren Fällen zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, soll er künftig mit einer Ausweisung zu rechnen haben. Auch bei einer kürzeren Freiheitsstrafe wegen solcher Delikte soll eine Ausweisung prinzipiell möglich sein – egal ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist oder nicht. Asylbewerbern, die Straftaten begehen, soll in Zukunft konsequenter als bislang die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagt werden. (dpa)

## Hilfe zur Selbsthilfe

# „Flüchtlinge sind nicht nur Opfer“

Experte Kilian Kleinschmidt plädiert für mehr Autonomie für die Schutzsuchenden

VON VIRGINIA NOLAN

Als Krisenmanager brachte Kilian Kleinschmidt Stabilität in das weltweit drittgrößte Flüchtlingslager Zaatari an der syrisch-jordanischen Grenze. Von seinen Erfahrungen könnte Europa viel lernen.

Manchmal geht der Krieg auf Neue los, wenn sie glauben, ihm gerade entkommen zu sein. Es sind Gefechte in den Auffangstationen und Asylheimen der gelobten Länder. Hier müssen die Geflohenen zwar keine Militärs oder Rebellen fürchten, aber ihresgleichen. Mit der steigenden Anzahl von Personen, die in Europa Asyl suchen, häufen sich Berichte über Gewalt in Flüchtlingsheimen. In Deutschland etwa kam es im Dezember in mehreren Unterkünften zu Ausschreitungen, zuletzt in Hamburg, wo die Polizei mit 34 Streifenwagen einrückte, um einen Streit aufzulösen. Das betroffene Lager, wo 600 Personen in einem ehemaligen Schulhaus leben, galt bis dahin als vorbildlich.

### Der Mensch als Massenobjekt

Dass dort, wo einander fremde Menschen auf engem Raum zusammenleben müssen, hohes Konfliktpotenzial besteht, erstaunt nicht. Doch es gibt einen, der Lösungen parat hat. Sein Ansatz ist ungewöhnlich – und erprobt in einem der härtesten Übungsfelder: Kilian Kleinschmidt war 25 Jahre lang für das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR tätig. Berühmt wurde der Berliner als Leiter des weltweit drittgrößten Flüchtlingscamps, Zaatari in Jordanien, wo 80 000 geflohene Syrer leben.

Kleinschmidt weiß, dass der Mensch im Flüchtlingslager zum Massenobjekt wird. Das schüre Aggressionen. „Personen werden zur logistischen Angelegenheit: Fünf passen in ein Zelt, für jeden gibt es eine Pritsche und pro Tag 2 100 Kilokalorien.“ Solche Standards würden oft blind angewandt. Dann könne es schon passieren, dass trotz Kälte keine Decken ausgehändigt werden, weil sie gerade nicht auf der Verteilungsliste stehen. Ebenso problematisch, so Kleinschmidt, sei das Gemeinschaftsprinzip in den Lagern: „Nur weil sie das Schicksal als Flüchtling teilen, ist nicht davon auszugehen, dass sich einander wildfremde Menschen solidarisieren.“ Vielmehr sei die Panik der Flüchtenden vergleichbar mit der Panik, die bei Feuer in einer Diskothek ausbreche: Da schaue jeder für sich. Wer alles verloren habe, müsse zuerst seine Rolle als Individuum wiedererlangen, damit er zu einer Gemeinschaft beitragen könne.

In Zaatari hatte es Kleinschmidt irgendwann aufgegeben, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Zelte und Container aufgestellt werden. Man hatte versucht, sie nach Vorgaben der Ingenieure aufzuschlagen; für jede Einheit die gleiche Fläche, mit genauen Abständen zueinander. Doch kaum hatte der Kran die Container ab-



„Wir sollten Flüchtlinge nicht als Belastung sehen, sondern sie als Ressource begreifen“, fordert Kilian Kleinschmidt, der das weltweit drittgrößte Flüchtlingscamp Zaatari in Jordanien leitete. (FOTO: AFP)

gesetzt, verschoben sie die Lagerbewohner, bauten sie auseinander und nach eigenen Vorstellungen wieder zusammen. Sie montierten Gemeinschaftstoiletten ab, um sich eigene Nischen zu bauen, teilten das Gas aus der Gemeinschaftsküche unter sich auf, statt zusammen zu kochen. Aus den Laternen zapften sie Strom an und betrieben damit Handel. Gegenüber Kleinschmidt sagten sie, das sei kein Diebstahl, sondern Privatisierung. „Für uns Helfer war das nicht lustig“, sagt Kleinschmidt, „aber es brachte uns zu einer wichtigen Erkenntnis.“

### Es lebe der Unterschied

Lag im Mut zum Chaos womöglich die Formel für ein friedliches Miteinander? „Jeder wollte etwas, das nur ihm gehört und nicht auch noch dem Nachbarn. Uns geht es ja nicht anders.“ Statt die Zuwiderhandlungen im Dienste der „Privatisierung“ unterbinden zu wollen, versuchten Kleinschmidt und sein Team nun, sie in eine vernünftige Richtung zu lenken. Den „Stromklau“ etwa organisierten sie so, dass es nicht zum Zusammenbruch des ganzen Stromnetzes kam. Die Bewohner gründeten eine Elektrizitätsgesellschaft, die von etwa 250 Elektrikern koordiniert wurde. Kleinschmidt akzeptierte, dass das Material im Lager zum Baukasten wurde. „Irgendwann sah jede Behausung anders aus, und aus demontierten Containern entstanden die ersten Supermärkte.“ Als Kleinschmidt Zaatari Ende 2014 verließ, gab es im Lager 3 000 Geschäfte, die zusammen 10 Millionen Euro Umsatz machten.

Es lebe der Unterschied – dieses Credo bescherte der Wüstenstadt neue Stabilität. In seiner Funktion als Krisenmanager wagte Kleinschmidt einen Paradig-

menwechsel: Die Flüchtlinge sollten nicht alles geschenkt bekommen, sondern zahlen für das, was sie nutzten. „Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und dafür zu bezahlen, gehört zur Menschenwürde dazu“, findet er. Die Helfer hörten also auf, Lebensmittel zu verteilen, stattdessen zahlten die Leute mit Plasticgeldkarten im Supermarkt.

Zudem wollte Kleinschmidt jeden Haushalt mit eigenem Wasser- und Stromanschluss ausstatten, Wasserrohre und Stromzähler anbringen. Jeder sollte seinen persönlichen Verbrauch berappen. Dass es dazu nie gekommen ist, ärgert ihn noch heute: Es habe nicht nur das Geld für die Installation, sondern auch die Einsicht der Hilfsorganisationen gefehlt. Letzteren wirft Kleinschmidt vor, Flüchtlinge als unmündig zu betrachten. „Das ist in der humanitären Hilfe eine weitverbreitete Haltung, auch wenn sie nicht immer offen geäußert wird“, sagt er. „Man will sogenannte arme Menschen nicht zur Verantwortung ziehen.“ Flüchtlinge so schnell wie möglich in bestehende Wirtschaftssysteme einzubinden, entspreche nicht dem Ansatz von Hilfsorganisationen.

Freilich auch nicht dem von Regierungen. Gastländer befürchten, dass Flüchtlinge bleiben, wenn sie ihnen zu viele Möglichkeiten bieten. Kleinschmidt, der heute die österreichische Regierung in Flüchtlingsfragen berät, weiß um diese Angst, findet aber, dass sie zu kurz greift. „Wer nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird, sondern Geld erwirtschaftet, wird eher in sein Gastland investieren können“, argumentiert er. Und nicht nur das: Ein erfolgreicher Migrant bewirke mehr als jede Entwicklungshilfe, denn er unterstütze in der Regel die zu Hau-

se Gebliebenen. Auf diese Weise flössen weltweit jährlich 500 Milliarden Dollar in Krisengebiete – mehr als alle internationalen Hilfsgelder zusammen. „Wir sollten Flüchtlinge nicht als Belastung sehen, sondern sie als Ressource begreifen“, fordert Kleinschmidt. „Und aufhören zu denken, dass sie alle nur Opfer sind.“

### „Gute Typen und Idioten“

Flüchtlinge sind Menschen und repräsentieren, wie jede größere Gruppe, einen Querschnitt durch die Gesellschaft. Kleinschmidt: „Da sind gute Typen dabei und auch Idioten.“ Den Krisenhelfer ärgert, wie unsachlich die Diskussion in Europa zuweilen geführt wird, wo die einen Ängste schürten und die anderen alle Ankommenden verherrlichten. Kleinschmidt fordert stattdessen, Flüchtlinge in die Verantwortung zu nehmen, im Guten wie im Schlechten: „Das heißt, dass einer arbeiten können soll, um für sich zu sorgen, aber auch, dass er ins Loch wandert, wenn er sich kriminell verhält und soziales Zusammenleben nicht akzeptiert.“

Wenn Europa etwas von Zaatari lernen könne, dann die Einsicht, dass Menschen auf der Flucht zwar vieles verloren hätten, nicht aber den Willen, für sich selbst verantwortlich zu sein. Das, findet Kleinschmidt, solle sich Europa zunutze machen. „Die Leute ziehen mit, wenn man ihnen ihre Autonomie zugesteht“, weiß er. „Darum brauchen wir Konzepte, die Flüchtlingen nicht restlos alles vorgeben, sondern ihnen ermöglichen, selbst eine Wahl zu treffen. Das würde in aller Konsequenz auch bedeuten, sie am Arbeitsmarkt teilhaben zu lassen.“

Artikel aus der „Neuen Zürcher Zeitung“, Syndizierungspartner des „Luxemburger Wort“.